



DRINGLICHES POSTULAT

Urheber SVPO, durch Diego Schmid, Martin Giachino und Christian Gasser
Gegenstand Kein Container-Dorf für hunderte Asylanten in Turtmann
Datum 13/06/2023
Nummer 2023.06.203

Aktualität des Ereignisses

Gemäss Mitteilung des Staatssekretariats für Migration vom 30. Mai will der Bund in der Gemeinde Turtmann-Unterems eine Containersiedlung für hunderte Asylanten errichten. Der Kanton muss sich an den Betriebskosten beteiligen.

Unvorhersehbarkeit

Es war nicht vorherzusehen, dass der Bund im kleinen Dorf Turtmann eine Containersiedlung für hunderte Asylanten errichten will.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Für die Bevölkerung der Gemeinde Turtmann-Unterems stellt eine Containersiedlung für hunderte Asylanten eine untragbare Belastung dar. Der Bund will die Containersiedlung bereits bis diesen Herbst realisieren. Es ist daher erforderlich, dass umgehend reagiert wird und man sich diesem Vorhaben entgegengestellt.

2022 stellten 24'000 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz. Dieses Jahr könnten es sogar 40'000 Personen werden. Bei den meisten handelt es sich jedoch nicht um Flüchtlinge, sondern um Schein-Asylanten, die unser System missbrauchen. Hinzu kommen die 70'000 Ukrainer mit Status S. Die Folgen dieser verfehlten Asyl-Politik: Unsere Infrastruktur ist überlastet und die Kosten explodieren. Allein der Bund budgetiert 2023 fürs Asylwesen rund 4 Milliarden Franken.

Doch statt das Asyl-Chaos endlich zu beenden, beantragte der Bundesrat einen Nachtragskredit von 133 Millionen Franken zur Errichtung von Container-Asylzentren. An vier Standorten sollen insgesamt 3'000 Betten eingerichtet werden. Ein Standort ist in der Gemeinde Turtmann-Unterems vorgesehen. Dies ist inakzeptabel. Für ein Dorf mit rund 1'000 Einwohner wäre ein Asylzentrum mit hunderten Asylanten eine untragbare Belastung.

Weil der Bund die Anlagen auf seinem Boden plant, ist es für die Gemeinde und die Bevölkerung kaum möglich, das Asylzentrum auf juristischem Weg zu verhindern. Dies ist ein schwerer Eingriff in die Gemeindeautonomie! Es ist unhaltbar, dass die Bevölkerung einfach übergangen wird. Das Vorgehen des Bundes widerspricht sämtlichen föderalistischen und demokratischen Prinzipien unseres Landes. Zumal der Bund erwartet, dass sich der Kanton an den Betriebskosten beteiligt. Diesem Vorgehen stellen wir uns entgegen.

Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird aufgefordert, dem Staatssekretariat für Migration mitzuteilen, dass der Kanton Wallis in

Turtmann kein Container-Dorf für hunderte Asylanten duldet.